



Rede von Fraktionssprecher Frank Knoche zur Ratssitzung am 30.9.2021

TOP 18 Hochwasser vom 14./15. Juli

- Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

Ihnen liegt ein Antrag von SPD und Grünen vor, der weitgehend alle Bereiche und Probleme auflistet und in möglichen Maßnahmenpaketen ordnet, die in Folge der Hochwasserkatastrophe und anderer Folgen des Klimawandels in unserer Stadt entstanden sind.

Diese Maßnahmen sollen unserer Verwaltung als Anregung und Anstoß dienen, um priorisiert und Schritt für Schritt die notwendigen Lehren aus den verheerenden Hochwasser-Ereignissen Mitte Juli dieses Jahres, aber auch anderen Folgen des Klimawandels wie etwa Dürreperioden zu ziehen.

Dieser Antrag wurde bereits im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt und Wohnen einstimmig und im ZBA einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen. Die FDP hat diesen Antrag weitgehend unterstützt, hatte aber in Top 3 „Stadtplanung“ einige Änderungsvorschläge, die jedoch keine Mehrheiten fanden

Wie schon bei anderen Gelegenheiten sprechen wir mit diesem Antrag den Hilfsdiensten, der Feuerwehr, der Polizei, dem TBS, dem Kommunalen Ordnungsdienst, dem Krisenstab und generell der Verwaltung, aber auch und vor allem der Zivilgesellschaft - mit ihrer großartigen Solidarität und Hilfsbereitschaft – unseren großen Dank aus.

Juliane Hilbricht und ich hatten die Gelegenheit, an einer Beratung des grünen Landesverbandes mit den vom Hochwasser betroffenen Städten in NRW teilzunehmen. Und konnten dabei feststellen, dass wir in Solingen, im Vergleich zu manch anderen Städten und Kreisen, auf die Katastrophe den Umständen entsprechend gut reagiert haben.

Wie kompliziert der Umgang mit den Folgen des menschengemachten Klimawandels ist, ergibt sich auch aus den extrem unterschiedlichen Auswirkungen desselben:

Kurz vor den Hochwasserereignissen hatten wir im ZBA noch Sorge, dass wir in manchen Talsperren immer noch zu wenig Wasser hatten, um angemessen auf eine weitere Dürreperiode reagieren zu können.

Dramatische Absenkung des Grundwasserspiegels und massives Baumsterben einerseits. Starkregen und Überschwemmungen andererseits. Das ist das Muster, das sind die Herausforderungen des Klimawandels. Erstaunlich, dass etwa der Nümmener Bach nur wenige Tage nach dem Hochwasser kein Wasser mehr hatte.

Viele Wissenschaftler befürchten, dass der Kipppunkt in Sachen Klimawandel kurz bevorsteht. Und wenn dieser Kipppunkt einmal erreicht ist, werden sich die Probleme potenzieren.

Uns Grünen ist klar:

So kann es nicht weitergehen. Alles gehört auf den Prüfstand und wir müssen neue Prioritäten setzen.

Bei den anstehenden Haushaltsberatungen wird sich erstmals zeigen, ob wir, ob die Mehrheit in diesem Rat die Zeichen der Zeit verstanden hat.

Der eindrucksvolle Klimastreik von Fridays for future am vergangenen Freitag, mit mehr als 600 Teilnehmer:innen allein in Solingen und weit über 600.000 in der ganzen Republik, zeigt, was große Teile der jüngeren Generation von uns erwarten.

Natürlich müssen wir als erstes für einen wirksamen Katastrophenschutz sorgen. Es ist unsere Verantwortung alles dafür zu tun, um die Menschen jetzt und sofort zu schützen.

Aber wir warnen davor, es dabei zu belassen. Nachhaltige Maßnahmen wie die Reduktion des Flächenverbrauchs, die Entsiegelung und die Versickerung vor Ort, die Schaffung von Retentionsflächen, die Umsetzung der „Schwamm-Stadt“, die Energie- und die Verkehrswende müssen mit aller Kraft und Entschiedenheit jetzt und sofort angepackt werden.

Wir Grüne wissen genauso wie die Sozialdemokrat:innen, dass all die notwendigen Maßnahmen mit Weitsicht getroffen und nicht auf Kosten von Sozialem Ausgleich und Bildung gehen dürfen. Allein mit technischem Fortschritt wird es nicht gehen. Aber zu glauben, wir könnten so weitermachen wie bisher, bräuchten auf Nichts, was uns lieb und teuer erscheint, zu verzichten, wäre ein verhängnisvoller Irrtum.

Es gibt viele Punkte, an denen wir ansetzen müssen. Zwei davon möchte ich an dieser Stelle nennen: Rodungen, um versiegelte Flächen für's Parken (Parkplätze / Garagen) zu bekommen und die Verschwendung von kostbarem Regenwasser durch Anschlusszwang in die Kanäle, sollten endlich neu bewertet werden! Wir Grüne werden alles dafür tun, dass weitere Parkplätze überflüssig und eine neue Regelung für die Regenwasserversickerung vor Ort und auf privaten Grundstücken gefunden wird, die ökologische Verhalten unterstützt nicht bestraft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.